

# FREIBERUFLER-TICKER vom 2. November 2018

## 1. Studie der Bertelsmann Stiftung zum Lehrermangel an Berufsschulen

Laut einer [Studie](#) der Bertelsmann Stiftung, über die am 29. Oktober 2018 informiert worden ist, werden die Berufsschulen bis zum Jahr 2030 60.000 neue Lehrer brauchen, da bis dahin fast die Hälfte der rund 125.000 Berufsschullehrer in den Ruhestand geht. Der Lehrbedarf entwickelt sich der Studie nach dynamisch: Bis zum Jahr 2020 müssen jährlich etwa 4.000 Lehrkräfte neu eingestellt werden. In der folgenden Fünfjahresperiode sinkt dieser Neueinstellungsbedarf auf jährlich 3.300, um dann bis zum Jahr 2030 auf jährlich 4.800 anzuwachsen und bis zum Jahr 2035 auf 6.100. Die Autoren empfehlen bereits jetzt mit Blick auf das Jahr 2025, mehr Studienplätze bereitzustellen, weil die Ausbildung von Berufsschullehrern in der Regel mehr als sieben Jahre dauert. Zudem wird vorgeschlagen, Abiturienten und hoch qualifizierte Facharbeiter über die Arbeit in den Berufsschulen zu informieren und explizit für dieses Berufsfeld zu werben.

## 2. UNICEF-Studie zur Bildungsgerechtigkeit

Laut der Studie „[Ein unfairen Start ins Leben](#)“ des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) vom 30. Oktober 2018 haben Kinder, die in reichen Ländern leben, nicht automatisch gleiche Chancen auf eine hochwertige Bildung. Des Weiteren wird festgestellt, dass Kinder in ärmeren Ländern häufig sogar ein höheres Leistungsniveau erzielen, obwohl sie weniger Mittel hierfür aufwenden. Die Studie enthält eine Rangliste von 41 Industrieländern zu Bildungsungleichheiten in der frühkindlichen Förderung, in der Grundschule und in der Sekundarstufe. Des Weiteren enthält die UNICEF-Studie Grundempfehlungen für mehr Bildungsgerechtigkeit. So sei es wichtig, frühkindliche Förderung für jedes Kind zu gewährleisten, ein Mindestmaß an Kernkompetenzen für jedes Kind sicherzustellen, soziale und ökonomische Ungleichheiten zu reduzieren, Geschlechterunterschiede bei der Bildung zu verringern, bessere Daten zu erheben, die länderübergreifend und vergleichbar sind, sowie den Fokus auf Chancengleichheit zu legen.

## 3. Akzeptanz von E-Books als Schulbuch

Vor allem Jüngere im Alter von 16 bis 29 Jahren empfinden klassische Schulbücher als überholt: In dieser Altersgruppe sagen 44 Prozent, dass sie durch E-Books ersetzt werden sollten. Bei den 30- bis 49-Jährigen sind es 37 Prozent, bei den 50- bis 64-Jährigen 27 Prozent und bei der Generation 65 Plus 24 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die am 29. Oktober 2018 [vorgestellt](#) worden ist.

## 4. Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2018 – Deutschland liegt im Mittelfeld

Die Europäische Kommission hat am 26. Oktober 2018 den alljährlichen Internationalen Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft ([I-DESI](#)) veröffentlicht. Er liefert eine Gesamtschätzung darüber, wo die Europäische Union (EU) im Vergleich zu Nicht-EU-Volkswirtschaften auf dem Weg zu einer digitalen Gesellschaft und Wirtschaft steht. Ziel des I-DESI ist es, den EU-Ländern dabei zu helfen, Bereiche zu identifizieren, die vorrangige Investitionen und Maßnahmen erfordern, um einen echten digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Zu diesem Zweck misst der Index die Leistung in den fünf Dimensionen und Politikbereichen Konnektivität, Humankapital (digitale Kompetenzen), Nutzung des Internets durch Bürger, Integration von Technologie und digitale öffentliche Dienste. Im Durchschnitt erreichen die 28 EU-Länder einen Indexwert von 58,9 und liegen damit verglichen mit Nicht-EU-Ländern im

Mittelfeld. Brasilien rangiert mit einem Wert von 39,7 am unteren Ende der Skala, die von Südkorea mit einem Wert von 75,2 angeführt wird. Die Ergebnisse des Index zeigen, dass Dänemark, Schweden, Finnland und die Niederlande die fortschrittlichsten digitalen Volkswirtschaften in der EU haben, gefolgt von Luxemburg, Irland, dem Vereinigten Königreich, Belgien und Estland. Rumänien, Griechenland und Italien haben die niedrigsten Werte auf dem Index. Deutschland befindet sich in allen fünf Dimensionen auf der elften Position und verharrt damit im oberen Mittelfeld.

## 5. Mehr Aufenthaltstitel für Nicht-EU-Bürger

Im Jahr 2017 sind in der Europäischen Union (EU) etwa 3,1 Millionen erstmals erteilte Aufenthaltstitel an Nicht-EU-Bürger verzeichnet worden. Im Vergleich zum Jahr 2016 ist die Zahl um fast vier Prozent gestiegen. Erwerbstätigkeit ist bei 32 Prozent der Grund für die Erteilung gewesen, familiäre Gründe sind bei 26 Prozent und eine Ausbildung bei 17 Prozent ursächlich gewesen. Die meisten erstmals erteilten Aufenthaltstitel sind in Polen, Deutschland und dem Vereinigten Königreich registriert worden. Diese Daten sind Ende vergangener Woche von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, [veröffentlicht](#) worden.

## 6. Arbeitszeitwünsche

Dazu hat das Statistische Bundesamt am 1. November 2018 [mitgeteilt](#), dass rund 2,4 Millionen Erwerbstätige zwischen 15 bis 74 Jahren bezogen auf das Jahr 2017 mehr hätten arbeiten wollen, während 1,4 Millionen Erwerbstätige kürzer arbeiten wollten. So hatten unterbeschäftigte Personen eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 28,5 Stunden, hätten aber gerne 10,9 Stunden länger gearbeitet. Dahingegen hätten die Überbeschäftigten ihre Wochenarbeitszeit von durchschnittlich 41,8 Stunden gerne um 10,8 Stunden verkürzt.

## 7. Überblick über Überstunden

Arbeitnehmer in Deutschland haben im Jahr 2017 im Schnitt rund vier Überstunden pro Woche gemacht. Das zeigt die aktuelle Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), die Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) worden ist. Bezogen auf alle Teil- und Vollzeitstellen hat die durchschnittlich vertraglich vereinbarte Arbeitszeit 35,1 Stunden betragen. Mit durchschnittlich 43,4 Stunden liegt die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten knapp fünf Stunden über der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit. Mit durchschnittlich 23,9 Stunden arbeiten Beschäftigte in Teilzeit eine Stunde länger als vereinbart. Ein Fünftel der Beschäftigten arbeitet regelmäßig zu atypischen Zeiten, also vor sieben oder nach 19 Uhr. 43 Prozent der Beschäftigten berichten, mindestens einmal im Monat auch am Wochenende zu arbeiten. Eine weitere Erkenntnis: Die Handlungsspielräume in Bezug auf die Gestaltung der eigenen Arbeitszeit haben im Vergleich zum Jahr 2015 eher zugenommen.

## 8. Im Schnitt 1,57 Kinder je Frau

Die Zahl der geborenen Kinder ist im Jahr 2017 mit rund 785.000 um etwa 7.000 niedriger gewesen als im Jahr 2016. Wie das Statistische Bundesamt am 31. Oktober 2018 weiter [mitgeteilt](#) hat, ist die Geburtenziffer auf 1,57 Kinder je Frau gesunken. Im Jahr zuvor hatte sie den Wert von 1,59 erreicht.

## 9. Steuerschätzung bis 2023

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist weiterhin gut. Das besagt die aktuelle Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die Ende vergangener Woche in Berlin [vorgestellt](#) worden

ist. Nach den aktuellen Zahlen werden die Steuereinnahmen des Bundes bis 2023 auf insgesamt 377,2 Milliarden Euro anwachsen – ein Zuwachs von insgesamt 6,7 Milliarden Euro für alle staatlichen Ebenen gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 2018. Dabei entwickeln sich die Einnahmen der Länder dynamischer als beim Bund.

#### **10. Zusätzliches Wachstum durch Zuwanderung**

Seit dem Jahr 2011 sind über fünf Millionen Zuwanderer aus anderen EU-Ländern nach Deutschland eingewandert. Eine [Simulation](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die am 31. Oktober 2018 veröffentlicht worden ist, zeigt, dass diese Zuwanderung das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte pro Jahr erhöht.